

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
www.gsoa.ch/adressen

GSoA

GSOA-ZITIG NR. 207
SEPTEMBER 2026

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Nein zur bewaffneten Geldsack-Neutralität!

Warum mit der Neutralitäts-Initiative der SVP das Putin-Regime gestärkt und die Rüstungsindustrie gefördert werden soll.

SEITE 3

Kriegsmaterialexporte überall

Eine Chronologie verschiedener Exportskandale zeigt auf, wo Schweizer Kriegsmaterial in der Welt auftaucht(e) und macht deutlich, warum die heutigen Exportkontrollmechanismen das absolute Minimum sind.

SEITE 4

Kriegsdienstverweigerung in Israel

Während Israel an mehreren Fronten Krieg führt und jede*n Soldat*in benötigt, nimmt die Zahl der Verweigerer*innen immer weiter zu.

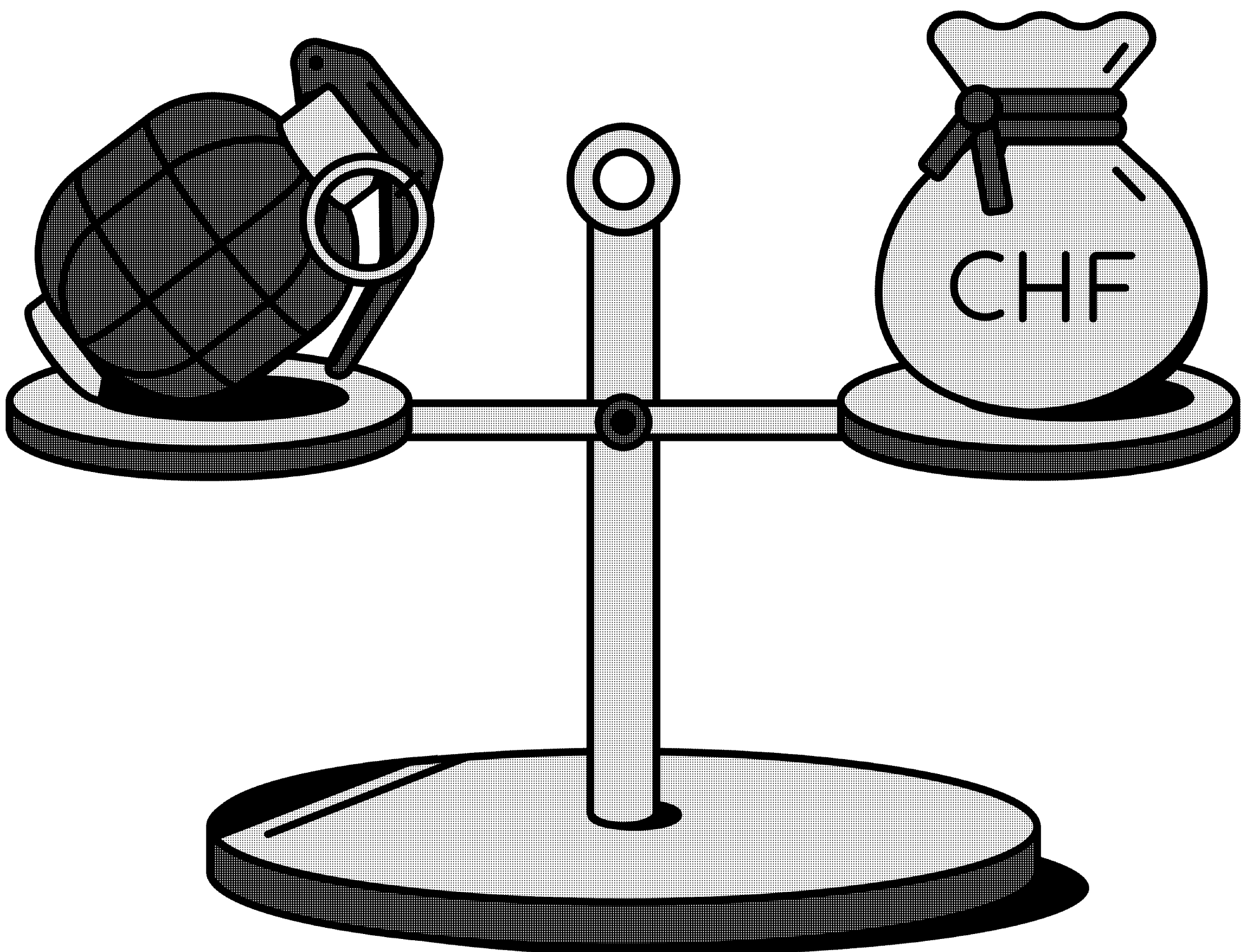
SEITE 6

Sazan: Zankapfel und Militärinsel

Eine kleine albanische Insel zwischen Adria und Ionischem Meer wird zum Symbol für den Widerstand gegen Investitionsprojekte, die transnationalen, militärischen Aufrüstungsplänen dienen.

SEITE 7

NEIN ZUR BEWAFFNETEN GELDSACK-NEUTRALITÄT!



Liebe Leser*innen

Die ersten 2/3 des Jahres haben wir hinter uns gebracht. Eine intensive Zeit, in der wir ein Referendum gesammelt und eingereicht, hart für das knappe Resultat beim Zivildienst-Referendum gekämpft, unsere jährliche VV abgehalten und täglich Soldaten beraten haben. Gleichzeitig bereiten wir uns bereits intensiv auf den Abstimmungskampf zum Kriegsmaterial-Referendum im November vor.

Trotz alledem widmen wir uns in dieser Zeitung auch anderen wichtigen Themen: Die SVP bringt nach ihrer gescheiterten Initiative im Juni bereits das nächste Projekt vor's Volk — die sogenannte Neutralitätsinitiative. Warum es dabei nur um die Stärkung der Rüstungsindustrie und von Kriegstreibern, keinesfalls um die Verteidigung der Menschenrechte oder Antimilitarismus geht, erfahrt ihr auf Seite 3.

Weiter haben wir zwei ganze Seiten dem Thema Kriegsmaterial gewidmet: Jurist*innen erklären die Folgen einer Änderungen des Kriegsmaterialgesetzes, du erhältst einen interessanten Einblick in verschiedene Skandale von Schweizer Kriegsmaterialexporten der letzten Jahren und erfährst warum Rüstungskonzerne allen Grund haben, um die Korren knallen zu lassen (Seite 4 und 5).

Auf Seite 6 wird es etwas internationaler: In unserer Serie zur Kriegsdienstverweigerung geht es diesmal um Menschen und ihren Widerstand gegen den Militärdienstzwang in Israel (Seite 6). Was Google Zürich mit der IOF zu tun hat und warum du den beigelegten Bogen zur Palästina-Initiative direkt unterschreiben sollst, steht ebenfalls auf Seite 6.

Doch lest selbst!

Für das Redaktionsteam
Mirjam Steiner

Impressum

Redaktionsteam: ANDREAS WEIBEL, CHARLINE MAIRE, ELIA GERBER, FABIO BRIANTE, JONAS HEEB, JORIS FRICKER, JOSEF LANG, MARTIN PARPAN, MIRJAM STEINER, NOEMI BUZZI, NOËMI HOLTZ, OGER, PAULINE SCHNEIDER, RAYYÂN REHOUMA, TOBIA SCHNEBLI, VERA ÇELIK

Cartoons: OGER **Gestaltung:** ALINE WIESFLECKER
Druck: ROPRESS ZÜRICH **Auflage:** 15'000, VIERMAL JÄHRLICH

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)
VERDIENENDE FR. 100.–/ NICHT VERDIENENDE FR. 50.–
Jahresabonnement GSoA-Zitig: FR. 20.–
PC-Konto: PC 40-37315-5 **Verlag:** GSOA,
POSTFACH, 8031 ZÜRICH, **Telefon** 044 273 01 00,
E-Mail: GSOA@GSOA.CH, WWW.GSOA.CH

LESER*INNENBRIEFE, LOB UND KRITIK SIND WILLKOMMEN. DIE REDAKTION BEHÄLT SICH VOR, ZUSENDUNGEN ZU KÜRZEN. BITTE MELDEN SIE UNS ADRESS ÄNDERUNGEN, FALSCH UND/ODER DOPPELTE ADRESSEN. DIE INHALTE DIESER ZEITUNG UNTERSTEHEN DER CREATIVCOMMONS-LIZENZ CC BY-ND-NC 4.0. FÜR NICHT-KOMMERZIELLE ZWECKE KÖNNEN SIE MIT QUELLENANGABE FREI VERWENDET WERDEN.

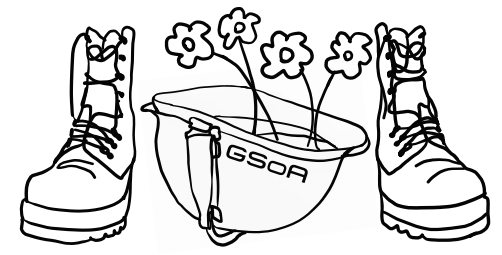
FLYERN VOR REKRUTIERUNGSZENTREN

Aufruf zum Wechsel in den Zivildienst

Das neue Zivildienstgesetz erschwert den Wechsel vom Militär- in den Zivildienst. Pläne für die Zusammenlegung des Zivildienstes und Zivilschutzes liegen schon auf dem Tisch.
RAYYÂN REHOUMA, CHARLINE MAIRE

Insgesamt möchte das Militär so viele junge Menschen wie möglich zum Militärdienst zwingen und Alternativen schleichend abbauen. Deshalb ist es jetzt umso wichtiger, dass Rekruten (und vielleicht bald Rekrutinnen) informiert sind und von Anfang an Zivildienst oder den blauen Weg wählen. Militärpropaganda muss mit antimilitaristischen Narrativen in Frage gestellt werden, damit das Militär die Militarisierung der neuen Generationen 18-Jähriger nicht ungehindert vorantreiben kann. Wenn du dich engagieren möchtest, dann verteile unsere Flugblätter vor dem Rekrutierungs-

zentrum und am Orientierungstag in deiner Umgebung! Sie enthalten ein Argumentarium für den Austritt aus dem Militär sowie eine praktische Anleitung für diesen Prozess.



1. Scanne den QR-Code,



Link: gsoa.ch/flyers/

2. Drucke die Flugblätter doppelseitig auf A4 aus - Sie unterscheiden sich nur im Design,

3. Finde eine Rekrutierung oder einen Orientierungstag in deiner Nähe (<https://www.armee.ch/de/rekrutierung-rekrutierungszentren>), entweder über die Webseiten der Kantone oder über Hinweise von frisch rekrutierten Personen deines Umfelds. Melde dich gerne mit den Infos bei uns, damit wir weitere Menschen mobilisieren können.

ENTSCHEIDE DER VOLLVERSAMMLUNG

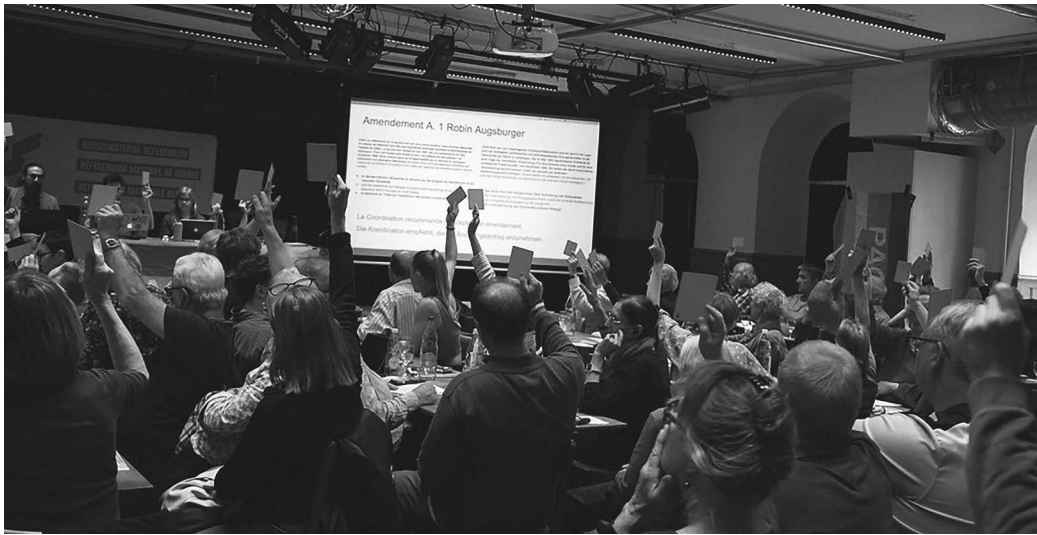
Gegen den F-35 – aber richtig!

Die 46. Vollversammlung der GSoA fand wie üblich in der Genossenschaftsbeiz Kreuz in Solothurn statt. Mit rund hundert anwesenden Mitgliedern war der Saal gefüllt wie selten zuvor. ANDREAS WEIBEL

Der Jahresrückblick zeigte, was wir in den letzten Monaten geleistet haben. Besonders beeindruckend: Für die Atomwaffenverbots-Initiative, das Kriegsmaterial- und das Zivildienst-Referendum hat die GSoA in den vorangehenden Monaten um die 150'000 Unterschriften gesammelt und rund 210'000 Unterschriften beglaubigt! Danach legten Mirjam Hostetmann, Präsidentin der JUSO, Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen und GSoA-Sekretär Rayyân Rehouma bei der Podiumsdiskussion ihre Erfahrungen und Gedanken zum Thema «Die Jugend gegen Aufrüstung und Militarisierung» dar. Für die umfangreichste Diskussion sorgte ein Antrag, die Initiative einer primär in Genf verankerten «Bürgerbewegung» gegen den F-35 zu unterstützen. Eine grosse Mehrheit der Vollversammlung lehnte die Initiative jedoch

ab. Es konnte nicht überzeugend dargelegt werden, wie mit dem Initiativtext der Kauf der US-Jets verhindert werden könnte. Im Gegenteil

überwog die Befürchtung, dass der Initiativtext sogar zu einer Legitimation des Beschaffungsprojekts führen könnte. Die Koordination der GSoA hatte vorgängig während Monaten versucht, mit den Initiant*innen einen Dialog über den Initiativtext zu führen, jedoch ohne Erfolg. Stattdessen nahm die Vollversammlung eine Resolution an, um neue demokratische Instrumente zu schaffen, mit denen solche Beschaffungen künftig verhindert werden könnten.



AUSTELLUNGSREZENSION

Bericht Ausstellung ‘Wir und der Krieg’

Die Schweiz, ein neutrales Land und unermüdlich für den Frieden engagiert? Die Ausstellung im Landesmuseum in Zürich (bis Februar 2027 zu sehen) widerlegt dieses Bild radikal.
NOEMI BUZZI

Der Krieg hat die Schweizer Identität nachhaltig geprägt und neue Machtverhältnisse sowie soziale Spannungen hervorgerufen: Durch die Gewinne aus Söldneraktivitäten ebenso wie aus dem Kriegsmaterialhandel. Das Bild der Schweiz als neutrales und friedensförderndes Land offenbart somit seine ganze Heuchelei. Dies liegt vielleicht daran, dass Organisationen, die sich für die friedliche Lösung von Konflikten einsetzen, wie das Rote Kreuz oder solche, die offen antimilitaristisch und pazifistisch sind, wie die GSoA, am Ende des Ausstellungsrundgangs nur wie eine win-

zige Fussnote wirken. Aus dieser Perspektive ist das Ausstellungsplakat genial: Was wie eine harmlose Bauernhütte aussieht, entpuppt sich als Militärbunker. Anhand von Objekten, Videoinstallationen und Dokumenten werden die Besuchenden dazu angeregt, gängige Vorstellungen über das Verhältnis der Schweiz zum Krieg zu hinterfragen: Ein Thema, das oft als weit entfernt wahrgenommen wird, aber tief in unserem Land verwurzelt ist. Trotz Widersprüchen ist die Ausstellung einen Besuch wert, da sie zu einer direkten Auseinan-

dersetzung mit den zahlreichen Schattenseiten unserer Geschichte zwingt. Wer verstehen will, wie tief Militarismus in unserer Nation verwurzelt ist, sollte diese kritische Perspektive nicht verpassen. Ein notwendiger Beitrag zur historischen Aufarbeitung, der zum Nachdenken anregt, auch wenn er Fragen offenlässt.



APPELL NEUTRALITÄT

Nein zur bewaffneten Geldsack-Neutralität!

Die sicherheitspolitische Alternative zum militärischen Alleingang und zum Mitmachen bei der Nato ist ein verstärktes friedenspolitisches Engagement im Rahmen der UNO. JOSEF LANG

Ausgangspunkt all der Neutralitätsdebatten der letzten viereinhalb Jahre war Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Schauen wir uns diesen mal aus Schweizer Sicht an! Aus unserem Land wurde die russische Kriegskasse massiv gefüllt und die Kriegsmaschine stark gefüttert. Gefüllt wurde (und wird) sie vor allem über den Handel mit russischen Rohstoffen und mit Oligarchengeldern. Gefüttert wurde sie mit Spezialmaschinen für Triebwerke, Raketen oder mit Munition, wie beispielsweise die in Butscha eingesetzte. Vergessen wir nie: Putin lancierte den Überfall mit voller Kriegskasse und ausgerüsteter Kriegsmaschine.

PRO-PUTIN-INITIATIVE

Die Schweiz verhielt sich bis 2022 also alles andere als neutral. Materiell stand sie einseitig auf der Seite Russlands. Auch wenn sie dank der Sanktionen etwas neutraler geworden ist, fliessen weiterhin viel mehr Gelder und Dual-Use-Güter zu den Angreifern als zu den Angegriffenen. Vergessen wir auch nicht: Maschinen zur Herstellung von Waffen kennen keine Sanktionen, wenn sie einmal geliefert worden sind. Wenn die SVP mit ihrer Initiative «zur Wahrung der schweizerischen Neutralität» das Ende der Sanktionen verlangt, macht sie sich nicht für die Neutralität, sondern für Putin stark. Dasselbe gilt für ihre Unterstützer:innen aus der Blockdenk-Linken. So hat die «Schweizerische Friedensbewegung» in ihrem Organ „Neue Welt“ (2/22) im Mai 2022 die Verantwortung der russischen Soldateska für dessen Massaker in Butscha in Frage gestellt. Die SVP verfolgt zwei Ziele: Erstens die Wahrung einer Geldsack-Neutralität, die sich

möglichst die ganze Welt – unabhängig von Bürgerkriegen, Tyranneien und Menschenrechtsverletzungen – als Geschäftsfeld erhalten will. Diese Profanisierung verbindet sie mit einer nationalistischen Sakralisierung der Neutralität, indem sie sie erstmals in der Verfassung als «bewaffnet», «immerwährend» und «schweizerisch» festschreibt. Und das ausgerechnet in einem Moment, wo der militärische Alleingang endgültig überholt ist.

VON DER LEX UKRAINE ZUR LEX SAUDI

Aber auch die bürgerlichen SVP-Gegner:innen taten alles, um die weitaus wichtigste Schweiz-Ukraine-Frage: die Aufrüstung Putins, zu verdrängen. Damit verhinderten sie nicht zuletzt das, was eine ehrliche Auseinandersetzung erzwungen hätte: eine massive Finanzhilfe an die Ukraine als Kompensation für die Zerstörung, die Putin mit Schweizer Geldern und Gütern anrichtete und weiterhin anrichtet. Mit der neutralitätsrechtlich unmöglichen Forderung von Waffenlieferungen an die Ukraine verfolgten sie noch ein drittes Ziel: die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes zugunsten der Rüstungsindustrie. So redete die politische und mediale Schweiz über das, was sie nicht durfte, um nicht über das reden zu müssen, was sie musste. Eine Folge dieser grossen Ablenkung ist ein Kriegsmaterialgesetz, das die Exporte in fast alle Länder erleichtert – ausser in die Ukraine. In dieser verhängnisvollen Debatte spielte das medial gepuschte Manifest Neutralität 21 eine höchst fragwürdige Rolle. Als Ganzes tat es mehr für die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes als für die Verschärfung der Sanktionen.

Sollte es im November die Lex Rüstungsindustrie, die den Golfstaaten alles und der Ukraine nichts bringt, nicht energisch bekämpfen, bestätigte es das, was wir von Anfang an vermuteten: Die Ukraine war für die Hauptautoren nur ein Vorwand für die Förderung von Waffenexporten, die Stärkung der Armee und die Annäherung an die NATO.

UNO STATT NATO

In dieser Diskussion wurde und wird die Einsicht des legendären NZZ-Militärexperten Bruno Lezzi systematisch unterschlagen. Als Gegner eines militärischen Alleingangs stellte der ehemalige Oberst im Generalstab fest, dass Miliz-Soldaten, die nach drei Wochen wieder nach Hause gehen, den NATO-Profis bloss im Wege stehen. Zu den Einschränkungen wegen der Neutralität schrieb der kurz nach der Publikation seines Buches «Von Feld zu Feld» (2022) verstorbene Lezzi: «Keinesfalls darf die Illusion genährt werden, dass Neutralitätsrecht und Neutralitätsstatus eine Verteidigungskooperation erlauben, die einen wirklichen Sicherheitsgewinn brächte.» Das Einzige, was laut Lezzi militärisch Sinn machte, wäre ein Nato-Beitritt, was aber die Aufhebung des Milizprinzips und der Neutralität erheischte. Gemäss der jüngsten Umfrage der Militärakademie (Milak) und des Center for Security Studies (CSS) an der ETH befürworteten 85 Prozent der Schweizer:innen die Neutralität. Gleichzeitig sind 59 Prozent der Ansicht: «Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.» Kommt dazu, dass sowohl der Alleingang als auch das Mitmachen bei oder in der Nato eine massive Aufrüstung erfordern würden. Aber gemäss der zitierten Umfrage «Sicherheit 2026» sind nur 29 Prozent der Befragten für Mehrausgaben.

Während der Weg Richtung NATO neutralitäts- und finanzpolitisch versperrt ist, erscheint die zivile Alternative zum überholten militärischen Alleingang als überraschend attraktiv. Gemäss der Umfrage befürworten 58 Prozent die Haltung: «Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.» Fast drei Viertel befürworten die Sanktionen gegen Russland. 72 Prozent sind der Meinung: «Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.» Die Aussage «Entwicklungshilfe bringt mehr Sicherheit als ein starkes Militär» stösst auf mehr Zustimmung als Ablehnung. Und der UNO-Vertrag für ein Atomwaffenverbot und damit die vor Weihnachten 2025 eingereichte Volksinitiative haben eine klare Mehrheit hinter sich. Von den drei neutralitätspolitisch relevanten Optionen: Bewaffnete Neutralität, Abschaffung der Neutralität zugunsten der NATO, weltsozialistisch-friedenspolitische Neutralität hat die dritte eindeutig die stärkste Unterstützung – in der Gesamtbevölkerung wie auch in der Linken.

www.geldsack-neutralitaet-nein.ch



KRIEGSMATERIALGESETZ

Das neue Kriegsmaterialgesetz ist gemäss Jurist*innen zu extrem

Die Auswirkungen des neuen Kriegsmaterial-Gesetzes wären haarsträubend. Schweizer Waffen könnten fast überall auf der Welt unkontrolliert hingelangen, die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz würden ignoriert und die Transparenz würde schwinden. Wie extrem ist die Vorlage tatsächlich? Wir haben drei Expert*innen nach ihrer Einschätzung gefragt. ANDREAS WEIBEL

Es ist offensichtlich, dass die Rüstungsindustrie die aktuelle geopolitische Situation nutzen möchte, um sich alle ihre Wünsche zu erfüllen. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat die von den Lobbyist*innen geforderten Umgehungsmöglichkeiten durchgewunken. Insbesondere drei Bereiche stechen hervor: die fast vollständige Abschaffung der Nichtwiederausfuhr-Erklärungen, die umfassende Ausnahmekompetenz des Bundesrates sowie die Exportbewilligungen auch im Kriegsfall für gewisse Staaten.

Wir haben drei Jurist*innen gefragt, die an Schweizer Universitäten unterrichten und sich in der Vergangenheit bereits mit Kriegsmaterial-Exporten beschäftigt haben. Sie alle sind sehr besorgt über die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. Sie kritisieren, wie viel Spielraum die neuen Regeln dem Bundesrat und dem Seco geben würden. Heute würden klare gesetzliche

Vorgaben für den Export Rechtssicherheit bringen und damit auch vor Druckversuchen aus dem Ausland schützen. Mit der Revision läge es jedoch im Ermessen der Behörden, wann «ausserordentliche Umstände vorliegen» oder wann «aussen-, neutralitäts- oder sicherheitspolitische Interessen» der Schweiz relevant sind.

«Damit würde auch das Potenzial für Druckversuche aus dem Ausland grösser. Das ist in dieser Situation nicht ein kluges gesetzgeberisches Vorgehen.»

Prof. Helen Keller, Universität Zürich, ehemalige Richterin am EGMR

Kritisiert wird auch, dass die Gesetzesrevision den Bundesrat nicht verpflichtet, sich an internationale Verträge zu halten. Die Waffenexporte der Schweiz unterliegen verschiedenen völkerrechtlichen Bestimmungen. Diese ergeben sich beispielsweise aus dem Neutralitätsrecht,

dem Arms Trade Treaty der Vereinten Nationen, dem Verbot der Uno-Charta, einem Aggressor zu helfen, sowie der Pflicht, für die Einhaltung der Genfer Konventionen zu sorgen.

«Dass der Bundesrat völkerrechtliche Verpflichtungen nur einhalten kann, aber nicht muss, ist für die Schweiz aussergewöhnlich und verletzt die Bundesverfassung.»

Prof. Marco Sassòli, Universität Genf, weltweit einer der angesehensten Experten für humanitäres Völkerrecht

Ebenfalls beanstandet wird, dass der Bundesrat per Verfügung und ohne Information der Öffentlichkeit Exporte bewilligen könnte, die den Ausschlusskriterien des Gesetzes widersprechen, und dass die Kriterien, wann der Bundesrat solche Ausnahmen machen darf, extrem vage sind.

«Angesichts der mangelnden Transparenz lässt sich nicht ausschliessen, dass der Bundesrat von seiner neuen Ausnahmeregelung breit Gebrauch machen will: Gemäss seiner Logik dient jeder Waffenexport der Aufrechterhaltung einer angemessenen industriellen Kapazität und könnte damit bewilligt werden.»

Dr. Etienne Henry, Dozent an der Universität Neuchâtel

Auch die Ausnahmeregel für die sogenannten Anhang-2-Staaten (beispielsweise die USA oder Argentinien) wird kritisch gesehen.

«Der Bundesrat darf Waffenausfuhren in Länder, die in Bürgerkriege (im eigenen Land oder in einem Drittstaat) verwickelt sind und aus humanitärer und menschenrechtlicher Sicht besonders problematisch sind, nicht ablehnen, wenn das Bestimmungsland im Anhang 2 aufgelistet ist – es sei denn, er würde aussergewöhnliche Umstände und die Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz geltend machen.»

Prof. Marco Sassòli

Die Vorlage ist derart extrem, dass es eigentlich offensichtlich sein müsste, dass sie an der Urne abgelehnt wird. Die Rüstungsindustrie wird jedoch alles daransetzen, dass nicht über den konkreten Inhalt der Vorlage, sondern über Allgemeinplätze von Sicherheit und Verteidigung geredet wird. Es ist an uns, dem entgegenzuhalten.

Wie Du Dich engagieren kannst, erfährst Du hier: www.kriegsmaterial-referendum.ch

KRIEGSMATERIALGESETZ

SCHWEIZER WAFFEN IN KONFLIKTGEBIETEN

Eine Chronologie von Exportskandalen

Die Rüstungsindustrie und die bürgerlichen Parteien möchten mit der Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes die Nichtwiederausfuhr-Erklärung abschaffen. Damit könnten andere Länder Schweizer Kriegsmaterial ohne Einschränkungen weiterexportieren. Folgender Zeitstrahl veranschaulicht, wo das Kriegsmaterial landet, wenn der Rüstungsindustrie freie Hand gewährt wird. Dass Schweizer Waffen Menschen in Kriegen töten, ist kein tragischer Fehler im System, sondern das Geschäftsmodell der Rüstungsindustrie. Es gilt, die wenigen Kontrollmechanismen, die es gibt, zu verteidigen, indem wir das Kriegsmaterial-Referendum gewinnen. CHARLINE MAIRE

DEUTSCHLAND
1939-45

Oerlikon-Bührle (heute Rheinmetall) verkauft Kriegsmaterial an die Nazis. Etwa 2'500 alliierte Flugzeuge werden mit Schweizer Kanonen abgeschossen. Da die Nazis ursprünglich keine Schweizer Waffen wollten, bestach Bührle deutsche Beamte für den Deal.

NICARAGUA
ENDE 1940ER

Die Somoza-Diktatur, die sich vier Jahrzehnte lang halten kann, wird mit Kriegsmaterial aus der Schweiz beliefert.

KUBA
1950ER

Hispano Suiza beliefert die Diktatur unter Batista mit 24 Feldkanonen und 50'000 Schuss Munition.

INDONESIEN
1950ER-1960ER

Die Schweiz beliefert die diktatorischen Regimes unter Sukarno und Suharto mit Fliegerabwehrkanonen von Oerlikon-Bührle (heute Rheinmetall) und Sturmgewehren der SIG. Die Lieferungen machen knapp 10 Prozent aller Schweizer Waffenexporte aus.

ISRAEL
1964-68

Oerlikon-Bührle exportiert illegalerweise Kriegsmaterial nach Israel mit gefälschten Dokumenten.

SÜDAFRIKA
1964-68

Bührle-Skandal: Mit gefälschten Endverbrauchererklärungen aus Frankreich täuscht Oerlikon-Bührle (heute Rheinmetall) die Bundesbehörden und erhält Bewilligungen für den Export von Kriegsmaterial nach Südafrika – trotz UNO-Embargo gegen den Apartheid-Staat. Drei Mitarbeiter werden später zu bedingten Gefängnisstrafen verurteilt.

NIGERIA
1968

Hundert Kanonen werden von Oerlikon-Bührle an Nigeria verkauft, obwohl dieses den Biafra-Krieg führt. Diese Oerlikon-Kanonen schiessen auf IKRK-Flugzeuge. Der Schweizer Botschafter in Äthiopien muss den Bundesrat darauf aufmerksam machen, dass die Kanonen ins falsche Land geliefert worden sind.

LAOS
1969

PC-6 (Pilatus-Flugzeuge) werden von der CIA benutzt, um während des Laotischen «Bürgerkriegs» und des Vietnamkriegs Waffen, Opium, Agenten, Generäle und Gold zu schmuggeln.

GRIECHENLAND
1970

Oerlikon-Bührle liefert Kriegsmaterial an die Militärdiktatur in Griechenland.

IRAN
1970ER

Waffen im Wert von rund 900 Mio. Franken werden an den Iran unter Schah Pahlavi geliefert, die 1979 nach der Revolution in die Hände des Mullah-Regimes von Ali Chamenei gelangen.

ARGENTINIEN
ANFANG 1970ER

Die Militärdiktatur setzt Mowag-Panzer gegen streikende Arbeiter*innen und Student*innen ein.

UGANDA
1971-79

Der Diktator Idi Amin erhält Bravo Flugzeuge von FFA (aus Altenrhein (SG); 1987 aufgelöst). Die Lieferung umgeht die Regulierungen für Kriegsmaterial, weil die Militärausrüstung erst in Uganda montiert wird.

GUATEMALA
1980ER

Das Militär bombardiert mit PC-7 (Pilatus-Flugzeugen) indigene Dörfer.

BOLIVIEN
1980

Die Armee putscht sich mit Hilfe von Mowag-Schützenpanzern an die Macht.

IRAK
1982

Scharfschützengewehre der Schweizer Firma SIG werden in Lizenz in Österreich gefertigt und während des Ersten Golfkrieges an den Irak geliefert. SIG liefert auch via Famae, ein Rüstungsunternehmen in chilenischem Staatsbesitz, Sturmgewehre an den Irak.

ARGENTINIEN
1982

Trotz der Militärdiktatur erhält das Land eine Lizenz für die Produktion von Oerlikon-Geschützen, welche auch im Falklandkrieg eingesetzt werden.

IRAK
1988

Saddam Husseins Truppen werfen von einem PC-7 (Pilatus-Flugzeug) Giftgas auf das Dorf Halabja ab. 5'000 Kurd*innen sterben.

IRAK/IRAN
1989

Die Schweizer Firma FCA Contractor vermittelt gleichzeitig Senfgas-Rohstoffe in den Irak und den Iran, die sich im Ersten Golfkrieg bekämpfen (Lieferung von je 500 Tonnen Thiodolglykol).

KROATIEN
1992

SIG-Sturmgewehre aus Chile werden auf dem Weg nach Kroatien in Ungarn beschlagnahmt. Kroatien unterliegt zu dieser Zeit einem UNO-Waffenembargo wegen des Bosnienkriegs.

MYANMAR
1992

Die Militärjunta bombardiert ihre Zivilbevölkerung mit PC-7 und PC-9 (Pilatus-Flugzeuge). Diese wurden als «Trainingsflugzeug» geliefert. Pilatus liefert auch nach dem Pilatus-Skandal weiter Ersatzteile.

ANGOLA
1993

PC-7 auf Seiten der MPLA fliegen während des Bürgerkrieges bewaffnete Einsätze gegen Zivilisten.

IRAK
2003

Im Irakkrieg nutzen die USA Granaten und Raketen von Derendinger, einer Tochterfirma der RUAG, sowie Radschützenpanzer von Mowag. Eigentlich gilt ein Verbot von Kriegsmaterialexporten in die USA, diese Lieferungen werden aber aufgrund eines Versprechens, dass die Waffen erst nach einem Jahr eingesetzt würden, genehmigt. Die RUAG-Tochter Derendinger liefert F/A-18 Bauteile an die kriegführenden USA, weil die USA versprechen, sie nicht im Irak einzusetzen. Material, das bereits vor dem Irakkrieg geliefert wurde, kommt ebenfalls zum Einsatz.

IRAN
2006

Fotos von Rheinmetall-Kanonen, die eine Atomanlage beschützen, tauchen auf.

TSCHAD
2007

Ein PC-9 wird als «Trainingswaffe» gesendet und wirft später Splitterbomben im Osten Tschads und in der Nähe von Darfur (Sudan) auf Dörfer ab, wo Aufständische vermutet werden. Schweizer Hilfswerke befinden sich in der Region und bestätigten die Attacke.

ÄGYPTEN
2008

Der Bundesrat bewilligt die Lieferung von 123 Sturmgewehre von SIG trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen.

INDIEN
2009

Lieferung von Maschinenpistolen an die Armee und die Polizei in Chhattisgarh. Der Staat führt Krieg gegen die maoistischen Naxaliten. Kindersoldaten kämpfen auf beiden Seiten und die indigene Bevölkerung wird systematisch vom Staat terrorisiert.

BAHRAIN
2011

Mowag Panzer werden zur Niederschlagung von Protesten der Demokratie-Bewegung benutzt. Sie wurden über Kanada und Grossbritannien an Saudi-Arabien geliefert.

SYRIEN
2012

RUAG-Handgranaten tauchen in Syrien auf. Sie wurden wahrscheinlich 2003 an die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert. Die Granaten landeten sowohl bei der syrischen Armee als auch bei Al-Kaida.

UKRAINE
2014

Armee und Polizei töten mehrere Demonstrierende mit Schweizer Waffen, die zwischen 2009 und 2012 geliefert wurden. Die Thuner B&T AG lieferte Präzisionsgewehre, Einzelteile und Knowhow, beilligt vom SECO.

BRASILIEN
2015

Piranha-Panzer von Mowag, die für eine UNO Mission in Haiti bestimmt waren, werden stattdessen in Rio de Janeiro von der Polizei gegen die Zivilbevölkerung in den Favelas gerichtet.

JEMEN
2017

Die Saudi-arabische Marine setzen SIG Sauer Maschinengewehre SG552 im Jemen-Krieg ein.

SYRIEN
2018

RUAG-Handgranaten werden beim IS gefunden. Wahrscheinlich wurden sie 2003 an die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert und sind dann über Jordanien nach Syrien gelangt.

AFGHANISTAN
2021

PC-12-Flugzeuge unterstützen die afghanische und die US-Armee bei Luftangriffen. Bei einer Bombardierung eines Marktplatzes im Shahada Distrikt werden 21 Menschen getötet. Die 18 PC-12 wurden zwischen 2013 und 2015 an die USA als «zivile Flugzeuge» geliefert.

UKRAINE
2025

Schweizer Mikro-Chip von U-Blox wird in einer russischen Drohne gefunden. Wahrscheinlich wurde er über den Iran oder China nach Russland geliefert. Obwohl Hersteller verpflichtet sind, ihre Handelspartner vertraglich daran zu binden, keine Lieferungen nach Russland weiterzuleiten.

Dieser Zeitstrahl ist unvollständig, da es zu viele Exportskandale gab, um sie alle abzubilden. Es wurde versucht, dem globalen Ausmass gerecht zu werden.

RÜSTUNGSKONZERNE

Weshalb Rüstungskonzerne Partys feiern

Es ist bekannt: Spätestens seit dem russischen Überfall auf die Ukraine herrscht bei den Rüstungskonzernen Goldgräberstimmung. Deren Aktienkurse explodieren, Umsätze und Gewinne in Milliardenhöhe lassen die Korken knallen. Wer nun glaubt, dass sich das Ganze normalisiert, wenn es wieder weniger Kriege gibt, der dürfte enttäuscht werden. MARTIN PARPAN

Einfach gesagt funktioniert die private Marktwirtschaft wie folgt: Unternehmen bieten Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt an. Je nach Angebot und Nachfrage fällt der Preis höher oder tiefer aus. Unternehmen müssen somit bestrebt sein, ihre Produkte und Dienstleistungen an den Bedürfnissen der Käuferinnen und Käufer auszurichten. Die Kundschaft entscheidet, für was sie bereit ist, zu bezahlen. Wenn wir diesen Mechanismus nun vergleichen mit dem, was sich derzeit im Rüstungssektor abspielt, dann gilt es einige heikle Kernpunkte zu betrachten, durch die sich Rüstungsgeschäfte unterscheiden.

ABSATZGARANTIE

Die private Rüstungsindustrie hat seitens der Politik sehr früh eine Art «Absatzgarantie» erhalten. Stellvertretend sei hier an den Satz des aktuellen deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz erinnert. Es wird investiert «whatever it

takes», versprach er. Die Schleusen stehen offen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Auch in der Schweiz wird seit Monaten an unsere «Vernunft» appelliert: Wir müssten jetzt aufrüsten, aufrüsten, aufrüsten - weil es um unsere Sicherheit gehe. Armee- und Rüstungsbudgets werden erhöht, zivile Budgets werden zusammengestrichen. Die Rüstungsindustrie lässt sich in dieser Goldgräberstimmung nicht zweimal bitten. Es werden Verträge abgeschlossen, die den Rüstungskonzernen über Jahre hinaus garantieren, dass das Geld fliesst.

KAUM TRANSPARENZ

Wer nun glaubt, dass die abgeschlossenen Verträge durch die Politik, welche die Aufträge an die Rüstungsindustrie vergibt, seriös geprüft werden können, der irrt. Oft sind die Verträge dermassen komplex, umfangreich und interpretationsbedürftig, dass sie gar nicht wirklich geprüft werden können. Viola Amherds Verspre-

chen mit dem «Fixpreis» bei der Beschaffung der F35 ist nur ein Beispiel dafür. Hinzu kommt, dass diese faktische «Nichtkontrolle» in einem Umfeld stattfindet, in dem die Geschäfte sehr schnell abgeschlossen werden. Es herrscht Zeitdruck, schliesslich gilt es, sich in der Warteschlange einen vorderen Platz zu sichern. Es bleibt somit auch wenig Zeit, um Preise auszuhandeln – obwohl es um Milliardenbeträge geht. Das heisst, es herrscht kein freier Markt, sondern faktisch ein Anbietermarkt, der von der Rüstungslobby und Rüstungskonzernen dominiert wird. Vergeben werden die Aufträge von der Politik, bezahlt mit unseren Steuergeldern.

STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN

Klar ist, dass solch massive Budgetverschiebungen immer mit einem strukturellen Umbau einhergehen. Am Beispiel von Deutschland kann beobachtet werden, dass Arbeitsplätze von der zivilen Industrie (z.B. aus der Automobilindustrie) in die Rüstungsindustrie verlagert werden. Auch in der Schweiz zahlen Personalverantwortliche bei Rüstungskonzernen gute Saläre und Prämien, um Talente anzulocken. Das sind Arbeitnehmende, welche in der Privatindust-

rie dann fehlen. Die aufgebauten Strukturen in den Rüstungskonzernen müssen in den nächsten Jahren unterhalten und alimentiert werden. Es gilt also, das Investitionsvolumen hochzuhalten. Schliesslich hat der Staat kein Interesse an Arbeitslosigkeit. Unabhängig der geopolitischen Lage werden somit Fakten geschaffen, die dafür sorgen, dass auch zukünftig viel Geld in die Aufrüstung fliesst und weniger Mittel für Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und zivile Infrastruktur vorhanden sein werden. Die Büchse der Pandora ist geöffnet und wird uns und unseren Kindern in den nächsten Jahren noch sehr viel abverlangen. Bei einigen Wenigen wird die wilde Party aber weitergehen – grauenhaft.

KRIEGSMATERIAL-EXPORTE

Die Exportschlager der Schweiz: Munition, Panzer und Granatwerfer

Die Schweiz lieferte 2025 Kriegsmaterial im Wert von 948 Millionen Franken an 64 Länder. Doch welche Waffen verstecken sich hinter diesen Zahlen? ELIA GERBER

Herauszufinden, was die Schweizer Rüstungsindustrie genau wohin exportiert, ist gar nicht so einfach. Die Firmen sind äusserst verschwiegen und geben meist keine Auskunft über ihre Geschäfte. In der Regel werden entsprechende Anfragen mit dem Verweis auf «Wettbewerbsgründe» abgewehrt. Detaillierte Zahlen zu einzelnen Firmen liefert darum vor allem eine Quelle: der Rüstungsreport der WOZ. Die Redaktion erstreitet die Rohdaten vom SECO seit Jahren über das Öffentlichkeitsgesetz und füttert damit ihre frei zugängliche Datenbank. Dort kann nachgeschaut werden, welche Rüstungsfirmen wie viel Kriegsmaterial exportieren.

MUNITION

Seit Jahren macht die Kategorie ‘Munition’ den grössten Anteil der Schweizer Kriegsmaterial-Exporte aus. Im Jahr 2025 bestanden 43 Prozent des gesamten exportierten Kriegsmaterials aus Munition. Der Branchenführer bei der Munition ist die RWM Schweiz AG. Die Rheinmetall-Tochter hat ihren Sitz in Zürich und ein Werk in Altdorf UR. Zusätzlich testet sie die Munition auf dem Rheinmetall-Testgelände auf dem Ochsenboden im Kanton Schwyz. Sie stellt Mittelkaliber-Munition für Heer, Marine, Luftwaffe und Luftabwehr her, darunter «intelligente» Munition mit programmierbaren Zündern. Ein Beispiel dafür ist die AHEAD-Munition, die in Zürich entwickelt wurde. Ihr Zünder wird entsprechend der Entfernung zum Ziel im Bruchteil einer Sekunde vor dem Verlassen des Laufs programmiert, damit das Geschoss kurz vor dem Ziel kleinere Projektile freigibt. Dadurch wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass kleinere Zie-

le getroffen werden. Rheinmetall bewirbt diese Munition mit dem Label «combat proven», was bedeutet, dass sie sich im Kampfeinsatz bewährt hat. Waffen, die diese Munition verschiessen können, beschafften sich zuletzt unter anderem Taiwan, Deutschland und Ägypten.

PANZER

Zweitgrösste Kategorie sind gepanzerte Fahrzeuge, die 2025 rund einen Viertel der Kriegsmaterial-Exporte ausmachten. Hier prägt ein einziges Produkt aus Kreuzlingen den Weltmarkt: der Radschützenpanzer Piranha. Dieser Panzer wurde von der Mowag GmbH mit Sitz in Kreuzlingen entwickelt. Seit 2003 ist die Firma Teil des US-Rüstungskonzerns General Dynamics European Land Systems (GDELS). Gemäss Mowag wurden mehr als 12’000 Exemplare dieser Radschützenpanzer an über zwanzig Armeen weltweit ausgeliefert. Damit gehört der Piranha zu den meistverkauften Schützenpanzern überhaupt, wobei er mittlerweile nicht mehr nur in der Schweiz hergestellt wird.



Radschützenpanzer Piranha / Quelle: Irish Defense Forces

Am Beispiel des Piranhas wird klar, wo Kriegsmaterial landet, wenn der Export nicht strikt kontrolliert wird. 2011 setzte Saudi-Arabien beim Einmarsch in Bahrain Piranha-Fahrzeuge ein, die es einige Jahre zuvor bei der Mowag bestellt hatte. 2014 eroberte die Terrormiliz Boko Haram einen Piranha der nigerianischen Armee und zeigte ihn monatelang in Bekennervideos. Und Piranhas, die angeblich für eine humanitäre Mission der UNO in Haiti bestellt wurden, setzten eine brutale Spezialeinheit der brasilianischen Polizei stattdessen bei Razzien in den Favelas von Rio de Janeiro ein.

GRANATWERFER

Alle weiteren Kategorien (Handfeuerwaffen, Raketen, Flugzeuge, etc.) machten 2025 jeweils weniger als ein Zehntel des Exportvolumens aus. Eine Firma, die vor allem Handfeuerwaffen herstellt, ist die B&T AG aus Thun. Die 1991 von Karl Brügger und Heinrich Thomet gegründete Firma war bis 2011 unter dem Namen Brügger & Thomet bekannt. Mit rund 90 Mitarbeitenden produziert sie unter anderem Maschinenpistolen, Scharfschützengewehre und Granatwerfer für Polizeikräfte und Armeen auf der ganzen Welt. Anfang Jahr machte der Granatwerfer GL06 von B&T Schlagzeilen, weil dieser von der US-Einwanderungsbehörde ICE gegen Demonstrierende eingesetzt wurde. Diese spezifischen Granatwerfer wurden jedoch nicht in Thun, sondern in einem Werk in den USA hergestellt und unterstehen deshalb nicht den Schweizer Exportregeln für Kriegsmaterial.

Die Rüstungsfirma hat jedoch bereits gegen das Kriegsmaterialgesetz verstossen. Der Firmengründer Karl Brügger wurde 2018 vom Bundesstrafgericht verurteilt, weil er beim Export

von Scharfschützengewehren und Granatwerfern «unrichtige Angaben» gemacht hat. Brügger hat beim Exportgesuch angegeben, dass die Waffen an Neuseeland geliefert werden und dabei verschwiegen, dass sie von dort an Kasachstan weiterverkauft werden sollten. Der Bund hatte die Lieferung nach Kasachstan zuvor ausdrücklich verboten, da dem damaligen Staatspräsidenten des zentralasiatischen Landes Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden.

QUELLEN
<https://www.lighthousereports.com/investigation/from-switzerland-with-love/>
<https://www.infosperber.ch/politik/schweiz/neue-beweise-schweizer-flugzeuge-und-gewehre-in-kriegsgebieten/>
<https://www.bernerzeitung.ch/thuner-waffenfirma-angeklagt-701359950714>
<https://www.tagesanzeiger.ch/waffen-aus-thun-sind-in-den-haenden-beider-kriegsparteien-676937032617>
<https://militaeraktuell.at/skyranger-rheinmetall-zeigt-fliegerabwehrsystem/>
<https://asmz.ch/2025/07/26/gdels-zeigt-in-buer-glen-seine-ganze-fahrzeugpalette/>
<https://doi.org/10.5169/seals-1063526>

TECH-GIGANTEN UND DER KRIEG

Die dunkle Seite der Zürcher Tech-Unternehmen

Eine Frage zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Zeit: Wer entscheidet im digitalen Zeitalter wirklich darüber, was richtig und was falsch ist? Wie Google und Amazon: Tech-Giganten, deren Rolle in aktuellen Konflikten jedoch oft im Verborgenen bleibt. Welche Rolle und welche Verantwortung muss die Stadt Zürich mit ihren 5'000 Google-Mitarbeitenden übernehmen? VERA ÇELIK

Ich sitze am Küchentisch, die Hitze kriecht durch das offene Fenster und ich denke. Ich denke an eine Frage, die mich seit Jahren nicht loslässt. Wie kommt es, dass wir so selbstverständlich zwischen «gut» und «böse» unterscheiden, ohne je zu fragen, wer diese beiden Begriffe eigentlich einordnet und definiert?

Schauen wir uns Project Nimbus an: 1,2 Milliarden Dollar zahlt der israelische Staat an Google und Amazon für Cloud-Dienste. Aber diese Dienste werden im Gazastreifen genutzt für Gesichtserkennung, Bewegungsprofile und Zielerfassung. Das israelische Verteidigungsministerium hat selbst bestätigt, dass die Technolo-

gie «einen bedeutenden Teil zum Sieg» beiträgt. Die Frage ist nun Folgendes: Wer hat definiert, was dieser «Sieg» bedeuten würde? Und wer hat definiert, dass die Menschen in Gaza die «Bösen» sind?

Diese Unterscheidung ist nicht kulturell oder religiös. Sie ist politisch. Sie entstand im Kalten Krieg, in Proxy-Kriegen, in der Idee, dass man den Feind bekämpft, indem man ihn entmenslicht. Wer als «gut» gilt, bekommt die Technologie. Wer als «böse» gilt, bekommt sie als Waffe.

Und Google ist Teil dieses Systems: Google hat 45 Millionen Dollar ausgegeben für eine Kampagne, die behauptete, in Gaza gebe es ge-

nug Nahrung, während die UN und die ganze Welt (!) von einer Hungersnot sprach. Der Mos-sad bat Google, Satellitenbilder zu zensieren und Google beugte sich. Ein privater Konzern, ein Tech-Gigant, der sich von einem ausländischen Geheimdienst instruieren lässt. Das ist eine eindeutige Entscheidung für eine Seite, die keins treffen sollte.

Was hat das mit Zürich zu tun? Google beschäftigt hier in dieser Stadt über 5'000 Menschen. Keiner von ihnen ist schuldig. Aber sie sind Teil eines Unternehmens, das diese Entscheidungen trifft. Die Stadt kann keine Verträge kündigen, die sie nicht hat. Aber sie kann als öffentliche Instanz klarmachen, dass Technologieunternehmen keine neutralen Akteure sind.

Und sie tut es bereits. Die Alternative Linke hat im Gemeinderat eine Motion eingereicht, die angenommen wurde, die verlangt, dass die Stadt ihre Zusammenarbeit mit US-Cloud An-

bietern wie Microsoft schrittweise beendet. Und das nicht einfach so, sondern weil der US Cloud Act es US-Behörden erlaubt, auf alle Daten zuzugreifen, unabhängig vom Speicherort. Das ist derselbe Geist, den wir jetzt brauchen. Hinzuschauen, wo Macht sitzt, und Schritte zu gehen, die konkret sind. Die Stadt kann ihre Pensionskassen anweisen, nicht in Unternehmen zu investieren, die genozidale Kriegstechnologie bereitstellen. Sie kann die Belegschaft unterstützen, die sich weigert, an militärischen Projekten mitzuarbeiten.

Wer in Zürich lebt und arbeitet, muss nicht Teil eines Systems sein, dass indirekt Kriege begünstigt oder Menschen in «gut» oder «böse» einteilt, auch nicht niederschwellig.

WEHRPFLICHT RUND UM DEN GLOBUS

Kriegsdienstverweigerung in Israel

Während Israel an mehreren Fronten Krieg führt und jede*n Soldat*in benötigt, nimmt die Zahl der Verweigerer*innen zu. Gleichzeitig spitzt sich der Konflikt um die Befreiung der ultraorthodoxen jüdischen Gemeinschaft von der Dienstpflicht zu, was Regierung und Bevölkerung spaltet. JONAS HEEB

Israel kennt eines der umfassendsten Militärdienstpflichtsysteme weltweit. Grundsätzlich sind alle Staatsbürger*innen ab dem 18. Lebensjahr wehrpflichtig und können nach dem Dienst bis zum 40. Lebensjahr weiterhin eingezogen werden. Einen zivilen Ersatzdienst wie wir ihn kennen gibt es nicht.

Trotz der strikten Handhabung und drohenden Haftstrafen im Militärgefängnis nimmt die Zahl der Verweigerer*innen zu. Die israelische Regierung veröffentlicht diesbezüglich keine Zahlen, nach Berichten von israelischen Medien seien es bereits 2025 um die 100'000 gewesen. Und das ist für die Regierung und die IDF ein

Problem. Denn für die brutalen Kriege und Genozide in Gaza, im Süden Libanons und im Iran brauchen sie jede*n Soldat*in.

Obwohl es verschiedene Netzwerke und Organisationen gibt, die Verweigerer*innen unterstützen, finden sich nur wenige, die sich an die Öffentlichkeit wagen. Die Verweigerung ist eine Straftat, vor deren Konsequenzen sich viele fürchten. Beweggründe zur Verweigerung gibt es allerdings genügend: Viele Soldat*innen sind traumatisiert von den brutalen Kriegshandlungen und dem rigorosen Vorgehen der IDF. Gewissenskonflikte aufgrund unmenschlicher Befehle und schlichtweg Kriegsmüdigkeit be-

wegen immer mehr Menschen dazu, sich dem Dienst zu widersetzen. Nicht zuletzt sind es politische Motive wie die grundsätzliche Ablehnung Israels Kriege oder der rechten Regierung, die viele Israeli zur Verweigerung bringen.

AUSNAHMEFALL HAREDIM: PROTESTE UND SPALTUNG

Besonderes Augenmerk bei der Diskussion um die israelische Dienstpflicht liegt auf der ultraorthodoxen jüdischen Gemeinschaft, der Haredim. Ihre Mitglieder sind traditionell von der Dienstpflicht befreit.^[1] Dieser Umstand gibt seit Jahrzehnten intensiven Diskussionen Anlass, die aktuell ihren Höhepunkt erleben. 2024 lief die gesetzliche Grundlage für diesen Umstand aus und die Haredim wäre seitdem ebenfalls dienstpflichtig. Es folgten massive Proteste der Haredim, die bis heute andauern. Strassen wurden lahmgelegt, Züge gestoppt und gar Richter in ihrem Haus angegriffen. Die Polizei reagierte mit massiver Härte.

Da Netanjahu auf die haredischen Parteien in seiner Regierungskoalition angewiesen ist, wurde im Juli 2026 ein Gesetz verabschiedet, das Verhaftungen für haredische Personen aufgrund der Dienstverweigerung aussetzte. Gleichzeitig herrscht in der israelischen Bevölkerung seit langem grosser Unmut darüber, dass die Haredim sich von der Dienstpflicht entziehen kann, während andere ihre Einsätze leisten müssen – zumal die Haredim von umfassender staatlicher Unterstützung profitiert, während sie verhältnismässig wenig zum Steuerhaushalt beitragen. Diese Frage spaltet die Bevölkerung sowie die Regierung Israels und dürfte im Hinblick auf die anstehenden Wahlen im Oktober 2026 eines der wichtigsten Themen sein.

[1] Die überwiegend religiösen Gründe hierfür sind vielfältig, worauf jedoch nicht genauer eingegangen werden kann. Es ist auch wichtig zu betonen, dass die Haredim keine homogene Gruppe darstellt.

PALÄSTINA-INITIATIVE

Gleichberechtigung als Grundlage für den Frieden

Die GSoA-VV vom 10. Mai 2026 in Solothurn hat mit grosser Mehrheit und nur 6 Gegenstimmen beschlossen, die eidgenössische Volksinitiative zur Anerkennung des Staates Palästina zu unterstützen. TOBIAS SCHNEBLI

Während sich der Krieg im Nahen Osten von Palästina bis in den Iran, den Libanon, den Irak und den Jemen ausweitete, würde die Initiative zur Anerkennung des Staates Palästina es ermöglichen, die beschämende Haltung der Schweiz gegenüber einer zentralen Frage für den Ausweg aus diesem Krieg zur Diskussion zu stellen: die Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere in Palästina/Israel. Warum erkennt die offizielle Schweiz dem palästinensischen Volk nicht die gleichen Rechte an, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung, obwohl sie dem israelischen Volk dieses Recht vor 77 Jahren zuerkannt hat?

Die rechten Mehrheiten im Parlament und im Bundesrat haben bereits mehrfach alle Massnahmen abgelehnt, die darauf abzielen, die einseitige Unterstützung der Schweiz für die israelische Kolonisierung, ethnische Säuberung und den Völkermord in den besetzten palästinensischen Gebieten zu beenden.

Das Zustandekommen Initiative würde eine breite Diskussion ermöglichen. Die Rechte will diese Diskussion nicht, um die einseitige Unterstützung Israels durch die Schweiz nicht in Frage zu stellen. Sie will die militärische Zusammenarbeit unter dem Vorwand fortsetzen, Israel schütze den Westen vor Terrorismus und Islamismus.

INITIATIVE UNTERSCHREIBEN – SAMMELN HELFEN

Nach elf Monaten hat die Initiative 50'000 Unterschriften erreicht. Das Initiativkomitee und die politischen Parteien der Linken und der Grünen, die sie unterstützen, haben nur bis Februar 2027 Zeit, noch 70'000 Unterschriften zu sammeln, damit die Initiative zustande kommt.

Bitte unterschreibt die Initiative und sammelt Unterschriften mit der beiliegenden Postkarte! Auf der Website www.palestinasi.ch findet ihr die Unterschriftenlisten zum Ausdrucken sowie den Kalender mit den Terminen für die Unterschriftensammlung in der Schweiz.



INTERNATIONALES

Sazan: Zankapfel und Militärinsel

Eine kleine albanische Insel zwischen Adria und Ionischem Meer hat den grössten Protest seit dem Sturz der kommunistischen Regierung ausgelöst. Was zunächst als Mobilisierung gegen ein Luxusresort begann, entwickelte sich zu Massenkundgebungen gegen eine Regierung und ein Entwicklungsmodell, das Gemeingüter in Geschäftsobjekte verwandelt. Die durch das Projekt bedrohten Flamingos sind zum Symbol einer Bewegung geworden, die Korruption, transnationale Wirtschaftsinteressen und militärische Strukturen anprangert. NOEMI BUZZI

Die 5,7 Quadratkilometer grosse Insel Sazan, vor der Bucht von Vlorë in der Meerenge von Otranto, war jahrhundertlang entscheidend für die Kontrolle über die Adria. Nachdem sie seit dem 15. Jahrhundert ein osmanischer Marineausposten gewesen war, wurde sie 1912, zu Beginn der albanischen Unabhängigkeit, zu einem umkämpften Gebiet, um dessen Besitz auch Griechenland und Italien wetteiferten. Italien besetzte die Insel 1920, wo Mussolini in der Zwischenkriegszeit Befestigungsanlagen errichten liess, darunter Kasernen und militärische Einrichtungen. Nach einer kurzen Besetzung durch die Nazis, wurde die Insel durch den Pariser Friedensvertrag von 1947 endgültig an Albanien zugeteilt. Während der kommunistischen Ära (1946-1991) wurde die Insel zu einem unzugänglichen Militärstützpunkt die einem doppelten Zweck diente: Sie sollte das Land vor potenziellen Aussenbedrohungen schützen und gleichzeitig die Bevölkerung daran hindern, zu fliehen.

Nach dem Sturz des Regimes von Enver Hoxha wurde die Insel der Bevölkerung und der Natur zurückgegeben und so zu einem Symbol der Befreiung. Im Jahr 2010 richtete die albanische Regierung dort den Meeresnationalpark Karaburun-Sazan ein und würdigte damit den ökologischen Wert eines Gebiets, in dem etwa 300 Pflanzen- und 40 Vogelarten beheimatet sind. Obwohl die Insel technisch gesehen weiterhin

eine militärische Sperrzone unter der Zuständigkeit des albanischen Verteidigungsministeriums unterliegt, wurde sie im Jahr 2015 entmilitarisiert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auslöser der Proteste war eine kürzlich erfolgte Gesetzesänderung zu strategischen Investitionen, die die oligarchische Kontrolle über den albanischen Staat festigt. Im Mittelpunkt steht Unternehmer Jared Kushner, Trumps Schwiegersohn und Berater, dessen Investmentgesellschaft Affinity Partners zum grössten Teil vom saudischen Staatsfonds finanziert wird. Sein Luxusresort soll auf geschützten Naturschutzgebieten und einem ehemaligen sowjetischen Militärstützpunkt entlang einer strategisch wichtigen Wasserstrasse entstehen.

Nicht weit davon entfernt, in der Lagune von Zvërnec werden albanische Militär- und Zivilpiloten am internationalen Flughafen von Vlorë durch eine Partnerschaft zwischen dem albanischen staatlichen Rüstungsunternehmen Kayo und der israelischen Elbit Systems ausgebildet. Der Flughafen wurde vom Schweizer Bauunternehmen Mabetex Group unter der Leitung des Bauunternehmers Behgjet Pacolli errichtet, ehemaliger Aussenminister Kosovos und einer der reichsten Geschäftsleute des Balkans. Pacolli hat weltweit Grossprojekte realisiert, darunter die Sanierung des Kremls.

Auf der Halbinsel Karaburun, in der Bucht von Vlorë, baut Albanien die Produktion von Mi-

litärschiffen im Marinestützpunkt Pashaliman aus. Im Rahmen der strategischen Partnerschaft mit der Regierung Meloni ist die Errichtung eines neuen militärischen Schiffsbaustandorts vorgesehen, der sowohl der albanischen Armee als auch den Verbündeten dienen soll. Fincantieri, das auch Militärschiffe vom Typ «Libra» herstellt, die für den Transport von migrantisierten Menschen in die von Italien betriebenen Aufnahmezentren in Albanien eingesetzt werden, ist Teil der Vereinbarung.

In ihrer Gesamtheit zeichnen diese Projekte einen radikalen Wandel des Gebiets nach: Vom Naturschutzgebiet hin zu einem strategisch-militärischen Knotenpunkt mit transnationalen wirtschaftlichen Interessen. Der Fall betrifft daher nicht nur den Umweltschutz, sondern stellt auch Fragen zu Rechtsstaatlichkeit und Macht in den Mittelpunkt. Er beleuchtet, wie (militärische) Politik integraler Bestandteil von Investitionsprojekten ist, die Gefahr laufen, das Gemeinwohl und die demokratische Souveränität auf dem Altar undurchsichtiger Abkommen zwischen Regierungen, Oligarchen und ausländischem Kapital zu opfern. Der Widerstand der albanischen Bevölkerung ist eine Mahnung: Wo wirtschaftliche Interessen mit militärischen Apparaten und transnationalen Machtnetzwerken verflochten sind, wird der Schutz der Umwelt und der kollektiven Rechte unweigerlich zu einem Kampf um die Demokratie selbst.



ZWEI NASENLÄNGEN VORAUSS

«Die Welt von morgen, ein souveränes demokratisches Europa» von Robert Menasse

«Jura öffnet den Weg für alles, Literatur macht das Verständnis für alles grösser» Jean-Claude Junker 2019 BUCHREZENSION VON NOËMI HOLTZ

Auf der Suche nach einem realisierbaren Sicherheitskonzept stiess ich mit Aufatmen auf dieses Buch: Der Europaexperte und Schriftsteller Robert Menasse hat Europa im Blick, auch wenn der Titel des Essays: «die Welt von morgen» zurecht darüber hinaus verweist. Mit eindrücklichem Engagement untersucht er die «Nebenwirkungen» des Nationalen Denkens: Der Fokus auf die eigene Wirtschaft, in der Folge oft Expansionsgelüste, Krieg, Ausschlussmechanismen durch «nationale» Identitätssuche. «Feinde» sind Teil des nationalen Konzepts, in diesem Denken nötig, aber austauschbar.

Er porträtiert die Entwicklung der Vision eines geeinten Europas und dessen Rückschritte, wenn der Nationalismus wieder *en vogue* wird. Menasse zeigt auf, dass die heutigen Krisen, wie Klima-, Flüchtlings-, Eurokrise, Gesundheitspolitik, Umgang mit Kriegen etc. nur mit einem gemeinsamen rechtlichen Rahmen bewältigt werden können. Dafür braucht es transnationale Gesetze, also das, was die Europäische

Union am Anfang – aufgrund der Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg – noch als Vision hatte, inzwischen aber mehr und mehr aus dem Blick verliert.

Akribisch zeigt Menasse die Strukturfehler der heutigen EU auf. Er zeigt, wie durch nationale Prioritäten das gesamteuropäische Projekt gefährdet ist.

Er hinterfragt den Begriff «Völkerrecht», zeigt auf, dass dieser in Widerspruch zu Menschenrechten gerät, wenn nationale Interessen «geschützt» werden. Damit lassen sich Flüchtlingsbewegungen nicht bewältigen.

Demokratie ohne Nationen? Nicht denkbar, sagen die meisten. Mittels amüsanten Zeitreisen – wie zum Beispiel einem fiktiven Gespräch mit Platon über eine Demokratie ohne Sklaven aber mit Gleichberechtigung der Frauen (S.154) – plädiert Menasse für kreativeres Denken im Kontext der Demokratie. Demokratie ist für ihn keine Staatsform, sondern eine Regierungsform. Er denkt eine «Personalautonomie» statt der von

Nationen geforderten «Territorialautonomie» an (S.43). Genaueres dazu erfordert eine sorgfältige Lektüre des Buches.

Bis vor kurzem definierten sich Menschen durch die Fähigkeit des Denkens, mit der Atom-bombe riskieren wir die Auslöschung, mit KI selbstproduzierte Unmündigkeit.

Um dem zu begegnen, reicht ein geeinter Markt nicht. Es braucht staatsübergreifende Gesetze auf Menschenrechtsbasis und – wie im obigen Jean-Claude Junker Zitat – kulturellen Reichtum. Nicht nur «pro Helvetia» oder «bosnische» Kultur, sondern eine, wie sie vor dem 1. Weltkrieg gelebt wurde, wo Menschen sich ohne Pass über die Grenzen bewegen konnten, mit dem kulturellen Reichtum anderer Regionen.

Zur Sicherheitspolitik: Wenn gut durchdachte demokratische Strukturen mit echter Mitbestimmung, sozialer Gerechtigkeit, Klimaschutz, kulturellem Austausch in der EU sorgfältig diskutiert und gestaltet werden, keine SEMs und keine nationalen Armeen mehr finanziert werden müssen, hätte die Welt endlich wieder ein brauchbares Modell eines Friedensprojekts.



RÜSTUNGSINDUSTRIE

Swissmem geht über Leichen!

Am 23. Juni fand die jährliche Vollversammlung von Swissmem statt. Swissmem ist der Dachverband der Schweizer Industrie und beherbergt unter anderem auch den Sektor Aeronautics, Security and Defence (Luftfahrt, Sicherheit und Verteidigung), kurz ASD, der die Rüstungsindustrie vertritt. CHARLINE MAIRE

Swiss ASD organisierte an diesem Morgen ein «exklusives» Podium zum neuen Kriegsmaterialgesetz. Mehr Waffenexporte heisst mehr Krieg, und mehr Krieg heisst mehr Exporte: Ein lukrativer Teufelskreis für die Rüstungsindustrie. Verlorene Menschenleben sind für sie dabei Kollateralschaden.

Eine solche Versammlung der skrupellosen und menschenverachtenden Unternehmen konnten wir nicht ungehindert über die Bühne gehen lassen. Deshalb organisierten die GSoA und Juso Basel-Stadt pünktlich zum Apéro ein «Die-In» vor den Türen, um allen Anwesenden zu zeigen: Swissmem geht über Leichen!



Aktivist*innen von GSoA und Juso stören mit ihrer Aktion die diesjährige Vollversammlung von Swissmem.



Bestelle hier die Fahne für das Kriegsmaterial-Referendum!

www.kriegsmaterial-referendum.ch/?fahne



GREGOR DAS GLÜCKLICHE GEWEHR

